Seitens der Verwaltung wurden einige Verständnisfragen beantwortet.

Protokollvermerk:

Hier die Erläuterungen zu den in der Sitzung nicht beantworteten Fragen:

01-06-06 Poststelle (Seite 2 der Anlage zu 15/0159)

Die Mehraufwendungen von rd. 21.000 EUR setzen sich im Wesentlichen aus zwei Positionen zusammen:

Der Kauf einer neuen Frankiermaschine aufgrund des Defektes der alten Maschine mit 8.318 EUR (SK 00-00016) und 9.185 EUR höheren Portokosten u.a. durch die hohe Anzahl Briefwähler (SK 543130).

Zudem entfallen rd. 2.100 EUR (SK 543130) auf die Kosten für einen externen Dienstleister der in der Übergangszeit die Frankierung der Post übernommen hat.

Die restlichen rd. 1.860 EUR entfallen auf Reparaturen des Altgerätes, höheren Kosten für den Servicevertrag der neuen Frankiermaschine (SK 525590) und Verbrauchsmaterial für ein Leihgerät, dass im Zuge der Kommunalwahl eingesetzt wurde und die Fremdfrankierung ablöste (SK 528110).

01-07-01 luK (Seite 2 der Anlage zu 15/0159)

Die Schlussrechnung für die Telefonanlage nicht höher als der kalkulierte Preis. Allerdings wurden auf die haushaltsmäßige Vorbuchung für diese Schlussrechnung bereits in den Vorjahren andere Telekommunikationsgeräte (Telefonendgeräte für neu eingerichtete Stellen) beschafft.

Damit waren zum Zeitpunkt der Fälligkeit der in Rede stehenden Rechnung nicht mehr genügend Mittel vorhanden, so dass eine üpl-Ausgabe erforderlich geworden ist.

11-01-01 Konzessionsabgabe Strom (Seite 6 der Anlage zu 15/0159)

Ein externes Büro wurde beauftragt, einen durch die RWE vorgelegten Entwurfs eines Sonderwegenutzungsvertrages zu prüfen. Das Büro kommt zu dem Ergebnis, dass RWE einen Anspruch auf den Abschluss eines derartigen Vertrages hinsichtlich der verlegten Stromtrasse im Zentrum hat, da diese Anlage nicht vom Übereignungsanspruch nach § 46 Abs. 2 EnWG erfasst ist (Mittelspannung). Das Büro hat in diesem Zusammenhang noch einige Änderungen im Vertragsentwurf empfohlen, die an die RWE weitergeleitet wurden. Eine endgültige Antwort seitens RWE steht aber noch aus.

Investitions-Nr. 07-00275 Baumaßnahme Eifelstraße (Seite 7 der Anlage zu 15/0159)

Die Überschreitung resultiert zum einen aus einem im Vorfeld nicht kalkulierbarem Mehreinbau im Bereich der Asphaltbinderschicht. Da beim Abfräsen des Asphalts größere Schollen ausgebrochen sind, wurde zum Profilausgleich ein Mehreinbau

erforderlich. Des Weiteren ergaben sich beim Ausbau der Rinnenplatten weitere Erschwernisse, die nicht vorhersehbar waren; sie waren jedoch für den Baufortschritt erforderlich.